

PHANTASIALAND-STREIT

Zweifel am Verfahren

Von Bettina Jochheim, 17.06.09, 09:34h

Das Phantasialand soll um 16 Hektar erweitert werden. An der Diskussion, wie der Park dieses Ziel umsetzen soll, werden die Anlieger allerdings nicht beteiligt.



Das Phantasialand soll erweitert werden. Wie, darüber dürfen Anwohner nicht mitreden. (Archivbild: Beissel)

BRÜHL Gottfried Weissenböck ist empört. "Ich protestiere gegen diese Ausgrenzung", entrüstet sich der Brühler Biologieprofessor. Stein des Anstoßes ist die Änderung des Regionalplans zur Erweiterung des Freizeitparks "Phantasialand" in Brühl. Am 19. September 2008 hatte der Regionalrat Köln einen Aufstellungsbeschluss für eine Ausdehnung um 16 Hektar gefasst. Gleichzeitig hatte er die Bezirksregierung Köln beauftragt, gemeinsam mit dem Unternehmen, dem Rhein-Erft-Kreis und der Stadt Brühl "ein Zielkonzept für den Freizeitpark zu entwickeln, das die Interessen der Anwohner und die Belange des Naturschutzes sowie die betrieblichen Notwendigkeiten

des Unternehmens berücksichtigen und die über den aufgestellten Plan hinausgehende Flächenerweiterung auf ein sachlich vertretbares Maß begrenzen soll". So formulierte das Landesministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie den "Verfahrensstand" in einer Ausschusssitzung vom 16. April.

"Ergebnisoffen"

Das Konzept werde im Rahmen eines Moderationsverfahrens unter Verantwortung der Bezirksregierung erarbeitet. Weiter hieß es in dem Ausschuss: "Die Landesplanungsbehörde stellt an das Moderationsverfahren die Anforderung, dass es objektiv, ergebnisoffen und mit Kompromissbereitschaft auf allen Seiten geführt wird". Und genau an dem Punkt hakt es, finden Umweltinitiativen und Anwohner.

Denn - und das bestätigt Christina Theißen, Pressesprecherin der Bezirksregierung - Teilnehmer des Moderationsverfahrens sind lediglich das Phantasialand, der Rhein-Erft-Kreis und die Stadt Brühl. Theißen räumt allerdings ein, dass dieses Konzept "nicht rechtskräftig" sei. Vielmehr schließe sich dem jetzigen Verfahren ein erneutes Regionalplanänderungsverfahren an, bei dem alle Träger öffentlicher Belange, "also auch die Öffentlichkeit, die Naturschutzverbände und die Anwohner", gehört würden.

Anwohner ausgeklammert

Für Weissenböck ist diese Vorgehensweise völlig unverständlich: "Die Umwelt- und Naturschutzverbände sowie die an der Diskussion beteiligten Brühler Bürgerinitiativen »50Tausend Bäume« und »Bovivo« werden ausgeklammert", so der emeritierte Professor, der den Kölner Studenten 38 Jahre lang die Welt der Pflanzen näherbrachte und selbst der Initiative "50Tausend Bäume" angehört. "Mich wundert das nicht", sagt Dr. Doris Linzmeier, Sprecherin der Brühler Initiative. "Aber wenn es wirklich um ein objektives Verfahren ginge, müsste

man doch jetzt alle an einen Tisch setzen. So ist es Verschwendung von Steuergeld." Ein ähnliches Fazit zieht Dr. Michael Müller, Vorsitzender der Bürgerinitiative "Bovivo": "Hier sollte es doch um mehr gehen, als Befürworter der Erweiterung gemeinsam über Zielkonzepte nachdenken zu lassen."

<http://www.rhein-erft-online.ksta.de/jreo/artikel.jsp?id=1244612076501>

Copyright 2009 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.